



Netzentwicklungsplan Strom  
Postfach 10 07 48  
10567 Berlin  
Deutschland

oder konsultation@netzentwicklungsplan.de

Absender:  
Thomas H [REDACTED]  
[REDACTED]

## Stellungnahme zum NEP 2035 (2021)

Mit der Veröffentlichung meiner Stellungnahme bin ich

einverstanden

nicht einverstanden

Sehr geehrte Vertreter der ÜNB, sehr geehrte Mitlesende,

mit großem Interesse habe ich Ihren 1. Entwurf zum NEP gelesen. Sie legen sehr schön dar, wie die ÜNB Ihrer Aufgabe gerecht werden wollen.

Nur kann ich die (politischen) Vorgaben überhaupt nicht nachvollziehen. Mir ist bewusst, dass die ÜNB nur bedingt die richtigen Adressaten für meine Kritik sind. Dennoch scheint mir diese Konsultation geeignet, um mein Unverständnis und meinen Unmut zu äußern.

Die Zielvorgabe für den Gesamtbedarf in TWh ist viel zu gering angesetzt. Unter der Prämisse, dass die BRD auch in 15 Jahren noch ein funktionierender Staat sein soll, müssten selbst unter moderatsten Annahmen wenigstens +50% verfügbar sein.

Wenn die BRD ein prosperierender Staat bleiben soll, dann dürften selbst 200% der avisierten Produktionsmenge die Bedarfe für Sektorkopplung, Erhalt der Industrie und für Kreislaufwirtschaft durch zunehmende Ressourcenknappheit, nur mit fantastischen Effizienzsteigerungen ausreichend befriedigen.

Wenn dann noch, wie prominent angekündigt, die Zukunft gestaltet werden soll, indem die Wasserstoff/PtX-Wirtschaft und Digitalisierung/Künstliche Intelligenz forciert werden, dann wird die geplante Energiemengen noch weit höher ausfallen müssen. Selbst wenn viel Rechenleistung aus Skandinavien und viel Wasserstoff aus der Sahara käme, wir können nicht alle Lasten externalisieren und wir dürfen uns auch nicht auf jederzeit frei verfügbare Importmengen aus den Nachbarländern verlassen.

Dass bedeutet aber nicht, dass auch all die produzierte Strommenge über die ÜNB zu transportieren sind. Die zukünftige Aufgabe der ÜNB kann nur im intelligenten Ausgleich zwischen den lokalen Netzen liegen.

"In keinem der betrachteten Szenarien ist eine zusätzliche Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises in Deutschland zur Einhaltung der im Szenariorahmen für 2035 festgelegten sektorspezifischen Emissionsobergrenzen notwendig"

Das bedeutet dann aber im Umkehrschluss, dass nicht mit realistischen CO<sub>2</sub>-Kosten und den daraus resultierenden Systemänderungen modelliert wurde. Die CO<sub>2</sub>-Kosten dürften deutlicher steigen, als es der TYNDP 2020 vorhersagt.



Der Emissionsfaktor für Erdgas ist zudem falsch! Der reale Methan-Schlupf über die gesamte Lieferkette ist in den verwendeten Zahlen aus UBA 2016 nicht einbezogen.

Selbst wenn sich die Bundesregierung in der EU durchsetzen sollte und Effort-Sharing zugunsten eines erweiterten EU-ETS Handels verhindern kann, dürfte sich ein höherer Anstieg nicht verhindern lassen. Prominente Aussagen, Methan, mit seinem hohen Treibhauspotential, hebe den Faktor für Erdgas mindestens auf das Niveau von Braunkohle, sind plausibel und dürften sich durchsetzen. Gas wird damit unrentabler. Bereits jetzt reagieren Banken auf solche Risiken.

Andererseits wird sich der Staat die massive Subventionierung der fossilen Energiegewinnung zukünftig nicht mehr in diesem hohen Maße erlauben können. Das Argument der Energiesicherheit wird nicht mehr für dermaßen grobe Marktverzerrungen herhalten können.

Der Bund wird nicht noch für weitere 15 Jahre erfolgreich verhindern, dass sich viele unterschiedliche alternative Stromproduzenten etablieren. Einerseits der gesellschaftliche Druck, andererseits die kleinteilige Energieproduktion, die auch ohne politische Unterstützung aufgebaut wird, werden zunehmend steigen. Quellen wie Bürgerenergie oder Agri-Photovoltaik sollten niemals zu Inselnetzen gezwungen werden und sie können auch nicht ausschließlich über die Netze der VNB gehandhabt werden.

Allen Szenarien fehlt somit eine realistische Annahme über die Menge der volatilen Stromerzeugung. Ohne dafür zumindest einen Faktor 2-3 einzuplanen, ist der NEP eigentlich Makulatur und gibt nur die Interessen bestimmter Stakeholder wieder. Es ist mir unverständlich wie man erwartbare Marktdynamiken bei der Stromgewinnung völlig außer Acht lassen kann.

Elektrischer Strom dürfte ein knappes Gut werden, besonders wenn die offiziellen Planzahlen zugrunde gelegt bleiben. Umso wichtiger ist es Einsenkungen möglichst vollständig zu vermeiden. Hier müssen ÜNB, VNB, Kommunen und potentielle Partner zwingend gemeinsam planen, um die besten Standorte für möglichst lokale und regionale Lösungen zu identifizieren. Allein die zunehmende Zahl an (Edge-)Rechenzentren und viele Industriestandorte haben ein enormes Potential zum effizienten Netzausgleich. Mit Zutritt zum Energiemarkt könnten sie eine wesentliche Rolle für die Netz-Stabilisierung einnehmen.

Den NEP in erster Linie mit rein marktwirtschaftliche Interessen zu planen, wirft uns für ein smartes Smart-Grid unnötig zurück und vergeudet große Potentiale. Es fehlt außerdem die Planung für eine Gesamtbetrachtung des Energienetzes. Stromtrassen können nicht ohne Einbeziehung von Energiespeichern und Gastransporten geplant werden. Hier lediglich wenige Schaufenster-Projekte zu berücksichtigen kann keine realistische Planung ermöglichen.

Szenario A kann wohl nur als abwegiges Gedankenspiel abgetan werden. Aber auch Szenarien B und C tragen den genannten Umständen bei weitem nicht genügend Rechnung.

Jetzt Szenarien für 2040 zu entwerfen, macht mit der heutigen Unkenntnis über die zukünftigen Gegebenheiten nicht besonders viel Sinn. Ein wesentlich besser abschätzbare und viel wichtigere Szenario für 2030 fehlt hingegen.

Bedenklich ist auch, dass alle Szenarien selbst die minimalen Verpflichtungen von Paris ignorieren. Bis 2035 wird die BRD ihr CO<sub>2</sub>-Kontingent -auch unter besten Voraussetzungen- bereits vollständig ausgeschöpft haben. Noch 120 Mio. t CO<sub>2</sub> einzuplanen ist ein klarer Bruch mit dem Übereinkommen von Paris. Es müsste doch ein Szenario geben, dass zumindest versucht, sich dem völkerrechtlichen Versprechen anzunähern.





Für die Grundlastversorgung der Regionen West und Süd können nicht weiterhin Nord und Ost vorgesehen werden. Besonders an der Küste bietet sich das beste Potential, um an der Wasserstoff-Strategie zu arbeiten. Statt die Küsten-Kommunen mit immer mehr zusätzlichen Trassen zu zerschneiden, um den gesamten Überschuss in andere Regionen zu transportieren, können nur hier effiziente Prozesse entwickelt werden, um damit beispielsweise (Schiffs-)Treibstoffe zu erzeugen. Die Energiewende wird nicht gelingen, wenn nicht konsequent auf regionale und dezentrale Grundlast-Erzeugung hingearbeitet wird. Die ÜNB dürfen vorrangig nur den Netzausgleich zwischen den regionalen VNB verantworten. Der Transport über sehr große Distanzen ist auch mit HGÜ keine effiziente Methode. Die bloße Tatsache, dass im Osten momentan teilweise nur 50% der Energieproduktion benötigt wird, lässt noch keine ähnlichen Annahmen für 2035 zu. West und Süd können und dürfen sich nicht dauerhaft auf die Versorgung aus entfernten Regionen verlassen. Hier ist unter allen Umständen ein enormer Zuwachs an erneuerbaren Energien nötig. Politische 'Sachzwänge' können nicht länger über natürliche Zwänge gestellt werden.

Eine nachhaltige Planung für ein resilientes Energienetz in 2035 kann ich mit diesem 1. Entwurf zum NEP nicht in Ansätzen erkennen. Mit den vorgegebenen Szenarien ist das schlicht unmöglich. Hier wird vorgegeben, dass die Herangehensweise aus Zeiten der zentralisierten Stromgewinnung auch für 2035 eine sinnvolle Planungsbasis ermöglicht, wenn sie nur etwas adaptiert wird. Dass ein Umbau von zentraler zu vollständig dezentraler Versorgung unabdingbar ist, wird hier schlichtweg ignoriert und verzögert eine zukunftstaugliche Entwicklung des Landes und Europas.

Mir bleibt also nur zu hoffen, dass die ÜNB ihrer gesellschaftlich überaus hohen Verantwortung nachkommen will und zumindest intern bereits mit realistischeren Annahmen arbeitet. Eine nachfolgende Bundesregierung wird ja möglicherweise sogar an einer echten Energiewende interessiert sein. Dann wären Ihre Netze völlig fehldimensioniert, mit zu hohen Kapazitäten aber zu geringer Effizienz und 'Intelligenz'. Daten, nicht Volumen, müssen das Geschäftsmodell der ÜNB werden.

Ich verzichte auf das Einfügen von Quellen, da ich wohl unterstellen darf, dass Sie mit dem Genannten bereits bestens vertraut sind.

Mit freundlichen Grüßen,  
Thomas H. [REDACTED]